Österreichischer Gemeindebund

Büro Brüssel
In der Ständigen Vertretung Österreichs
Mag. Daniela Fraiß
Avenue de Cortenbergh 30; B - 1040 Brüssel
Tel. (0032 2) 282.06.80; Fax. (0032 2) 282.06.88
E-Mail: oegemeindebund@skynet.be

Europa Aktuell 4/2018

Kongress: Präsidentin warnt vor politischer Schwächung

Die Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen stand im Zeichen der finanziellen Engpässe des Europarats. Präsidentin Mosler-Törnström warnte davor, die Kernaufgaben des Kongresses zu beschneiden.

Der Kongress bildet neben der Parlamentarischen Versammlung, dem Ministerkomitee und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die vierte Säule des Europarats. Zu den Hauptaufgaben dieser Versammlung lokaler und regionaler Mandatare gehören die Überwachung der Einhaltung der Charta der lokalen Selbstverwaltung sowie Wahlbeobachtungsmissionen. Darüber hinaus sind die Sitzungen des Kongresses Foren politischer Debatten, in denen Vertreter aus 47 Staaten über Migrationspolitik, Rassismus, Jugendbeteiligung, Digitalisierung oder Strategien für den ländlichen Raum diskutieren. Diese Vielfalt in geografischer, politischer und thematischer Hinsicht macht die Arbeit des Kongresses einzigartig.
Seit letztem Jahr kämpft der Europarat jedoch mit finanziellen Engpässen: Russland, das für 11% des Globalbudgets verantwortlich ist, zahlte 2017 nur ein Drittel seiner Beiträge, 2018 zwei Drittel. Dieses Jahr stellte aber auch die Türkei relativ kurzfristig ihren Förderbeitrag ein, wodurch dem Europarat zwei Jahre in Folge über 20 Mio. Euro fehlen.
Der Kongress fordert seit Langem 3% des Europaratsbudgets zur Erfüllung seiner Aufgaben, auch dieses Ziel wird derzeit nicht erreicht. Daher muss nun ein Plan erarbeitet werden, wie die Kernaufgaben und die politische Durchschlagskraft der Versammlung der lokalen und regionalen Mandatare aufrechterhalten werden können.
Die österreichische Kongressdelegation umfasst 6 Mitglieder und 6 Stellvertreter. Vom Gemeindebund nominiert sind Bgm. Pauline Sterrer (Rüstdorf/OÖ), GR Hannes Weninger (Gießhübl/NÖ) sowie Bgm. Waltraud Schwammer (Dechantskirchen/Stmk).

https://www.coe.int/en/web/congress/-/gudrun-mosler-tornstrom-given-the-current-challenges-we-must-preserve-the-voice-of-local-and-regional-authorities-

Rat schärft Position zur Zukunft der Regionalpolitik

Die EU-Kommission wird im Mai ihre Vorschläge zur Zukunft der Regionalpolitik nach 2020 vorlegen. Der Rat diskutierte Mitte April über die Grundzüge dieser Politik und stellte klar, dass weiterhin alle europäischen Regionen förderfähig bleiben sollen.

Die Sitzung der zuständigen Minister bot Gelegenheit, vor Veröffentlichung der Kommissionsvorschläge die wichtigsten Punkte aus Ratssicht in die Diskussion einzubringen. Ganz wesentlich ist dabei die Feststellung, dass auch nach 2020 alle europäischen Regionen von den EU-Struktur- und Investitionsfonds profitieren sollen, auch wenn der Schwerpunkt der Förderungen auf weniger entwickelten Regionen liegen soll. Ein weiteres bestimmendes Thema war die Vereinfachung. Sowohl Umsetzung als auch Überprüfung und Berichterstattung müssen wesentlich vereinfacht werden, EU-Recht sollte hier v.a. den Rahmen vor- und die konkrete Ausgestaltung an die Mitgliedstaaten abgeben.
Das BIP soll aus Sicht der Mitgliedstaaten der bestimmende Indikator für die Gewährung von Förderungen bleiben. Es gibt jedoch eine gewisse Offenheit, über einige zusätzliche Indikatoren zu diskutieren, wenn deren Anwendung einfach und transparent erfolgen kann. In die Diskussion eingebracht wurden z.B. Migration, Jugendarbeitslosigkeit oder Abwanderung/demografische Entwicklung.
Die Minister zeigten sich jedoch auch realistisch und verwiesen darauf, dass die Finanzierbarkeit ihrer Forderungen vom künftigen Finanzrahmen abhängt, der ebenfalls Anfang Mai zur Diskussion gestellt wird.

http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/gac/2018/04/12/

http://www.consilium.europa.eu/media/33708/st07769-en18.pdf

Saubere Straßenfahrzeuge: Dachverband erarbeitet Position

Vermischung von Vergabe- und Umweltrecht: So kann die Herausforderung des Vorschlags zur Revision der Richtlinie über saubere Straßenfahrzeuge kurz zusammengefasst werden. Öffentliche Auftraggeber wären in der Pflicht, hochgesteckte Ziele umzusetzen.

Der europäische Dachverband der Kommunalverbände RGRE erarbeitet aktuell eine Position zum Richtlinienvorschlag der EU-Kommission über saubere Straßenfahrzeuge. Dabei wird v.a. auf Bedenken der öffentlichen Auftraggeber zur Umsetzbarkeit der Richtlinie eingegangen. So wird etwa der starke Fokus auf alternative Antriebsarten für LKW und Busse hinterfragt, insbesondere in Anbetracht der Flottenerneuerung vieler Städte, die auf EURO-6 umstellen bzw. bereits umgestellt haben. Die Kommunalverbände fordern daher einen technologieneutralen Bewertungsansatz, der die Lebenszykluskosten von der Produktion bis zur Inbetriebnahme berücksichtigt (well to wheels).
Die Kommission schlägt die Einhaltung von Quoten für bestimmte Fahrzeugkategorien vor, die Berichterstattung über die Zielerreichung auf Ebene der Mitgliedstaaten soll alle zwei Jahre erfolgen. Auch dies wird von kommunaler Seite kritisiert, da eine extensive Berichterstattung den Verwaltungsaufwand in den Gemeinden erhöht.
Grundsätzlich werden die Ziele der Richtlinie unterstützt, doch wird darauf verwiesen, dass der öffentliche Personennahverkehr an sich bereits zur Reduktion von Treibhausgasen beiträgt und die Ziele realistisch und finanzierbar bleiben sollen. Der Einsatz des Vergaberechts zur Erreichung globaler Politikziele wird als wenig sinnvoll erachtet, da öffentliche Auftraggeber v.a. dem Primat der Sparsamkeit unterliegen.

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments wird Mitte Mai über den Berichtsentwurf beraten, Anfang September soll die Abstimmung im Ausschuss und einen Monat später die Abstimmung im Plenum stattfinden. Dieser enge Zeitplan ist auf die EU-Wahlen im Mai 2019 zurückzuführen, denn laufende Dossiers sollten spätestens im ersten Quartal 2019 abgeschlossen werden, ansonsten muss sich das neue Parlament damit befassen.

Termin für Europawahlen 2019

Rat und EU-Parlament einigten sich auf den Termin für die nächsten Europawahlen. Diese finden am 26. Mai 2019 statt.

Das EU-Parlament stimmte in seiner Plenarsitzung im April dem Vorschlag des Rates zu, die nächsten Europawahlen von 23.-26. Mai 2019 abzuhalten. Da nicht in allen Mitgliedstaaten sonntags gewählt wird, bestimmt der EU-Gesetzgeber einen mehrtägigen Zeitraum, innerhalb dessen die Wahlen in allen Mitgliedstaaten durchzuführen sind.
Aufgrund des Ausscheidens Großbritanniens im März 2019 wird das neu zu wählende EU-Parlament aus 705 statt aktuell 750 Mitgliedern bestehen. Da einige der frei werdenden britischen Sitze auf bisher unterrepräsentierte Mitgliedstaaten aufgeteilt werden, wird Österreich einen Sitz dazugewinnen und in der nächsten Periode 19 EU-Abgeordnete stellen.

Neue Studie über Integration vor Ort

Eine kürzlich von OECD und EU-Kommission veröffentlichte Studie befasst sich mit lokalen Integrationsansätzen und zeigt auf, dass die Zusammenarbeit zwischen lokaler und zentraler Ebene oft zu wünschen übrigen lässt.

Um die Herausforderungen der lokalen Ebene nach dem großen Flüchtlingszustrom im Jahr 2015 zu analysieren, führten EU-Kommission und OECD eine Studie mit dem Titel „Working together for local integration of migrants and refugees“ durch. Das fast 200 Seiten umfassende Dokument kam unter Mitarbeit des europäischen Dachverbands RGRE zustande, Wien ist eine von zehn im Detail analysierten Städten. Dargestellt werden u.a. die Verantwortung der lokalen Ebene für die Integration vor Ort sowie teils improvisierte, jedenfalls aber flexible Problemlösungsansätze der unterschiedlichen Städte. Hervorgestrichen wird auch, dass Kommunen dauerhaft für Integration zuständig sind und diesbezügliche Bemühungen nicht mit einem allenfalls positiven Asylbescheid enden. Lokale, auch von der Zivilgesellschaft getragene Projekte, die Einheimische und Zugewanderte zusammen bringen, werden hier ausdrücklich erwähnt.
Darüber hinaus enthält die Studie Datenmaterial zu den üblichen Indikatoren wie Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Bildung und Sozialhilfe, jedoch fokussiert auf die kommunale Ebene.